

UNI Europa aktiv: Grenzländertreffen 2008

**Vortrag Rolf Büttner
Berlin, 27.11.2008**

Einigung im Tarifkonflikt

38,5-Stunden-Woche für alle bleibt erhalten

- **30. April 2008:** Die Vereinte Dienstleistungsgewerkschaft (ver.di) und die Deutsche Post AG haben sich in Köln auf einen neuen Tarifvertrag für die 130.000 Tarifbeschäftigten geeinigt. Danach bleibt die 38,5-Stunden-Woche sowohl für die Tarifkräfte als auch für die 55.000 Beamten unbefristet erhalten. Im Gegenzug verzichtet die Gewerkschaft auf einen Teil der bisher vereinbarten Kurzpausen für die Mitarbeiter.

Die Gehälter werden ab 1. November 2008 um 4,0 Prozent und ab 1. Dezember 2009 um weitere 3,0 Prozent erhöht. Zusätzlich ist für die Monate Mai bis Oktober 2008 eine Einmalzahlung von 200 Euro für alle Beschäftigten (Vollzeit) vereinbart worden. Die Laufzeit des Vertrages beträgt 26 Monate vom 1. Mai 2008 bis 30. Juni 2010. Die Postzulage der Beamten als Ausgleich wird ab 1. August 2008 wieder gezahlt. Die Gewerkschaft setzt ihrerseits Rundungsbestimmungen bei Überstunden sowie Zeitzuschläge für Arbeit an freien Tagen bis 30. Juni 2010 aus. Darüber hinaus bleiben betriebsbedingte Beendigungskündigungen bis zum 30. Juni 2011 ausgeschlossen.

ver.di-Verhandlungsführerin Andrea Kocsis erklärte, das Tarifergebnis sei Ausdruck der hohen gewerkschaftlichen Durchsetzungsfähigkeit. „Mit über 93 Prozent streikbereiten Beschäftigten im Rücken konnten wir ein sehr akzeptables Ergebnis erzielen“, sagte Kocsis. Eine Arbeitszeitverlängerung und der damit verbundene Stellenabbau konnten verhindert werden. „Jetzt haben auch die Auszubildenden wieder ein Zukunft bei der Post“, erklärte die Gewerkschafterin. Weit über 70 Prozent aller Postler sind bei ver.di organisiert. Während der Warnstreiks und der Urabstimmung seien weitere Beschäftigte in die Gewerkschaft eingetreten.



Mai 2008: Royal Mail wird unfair reguliert

- Der UNI Mitgliedsgewerkschaft CWU liegt eine unabhängige Studie vor, die unseriöse Praktiken bei der Regulierung von RM aufdeckt:
- Es wurde bei der Planung u. a. nicht berücksichtigt, dass der Briefmarkt grundsätzlich schrumpft
- Aktuell wird Royal Mail erstmals Minus im Bereich des Universaldienstes erwirtschaften
- Neue Anbieter werden stärker unterstützt/geschützt als RM und deren gute Arbeitsplätze
- Bis heute hat die Regulierung in UK keinerlei Vorteile für die Branche, Kunden oder Beschäftigte gebracht.
- Wird die derzeitige Situation nicht gestoppt, wird der Universaldienst nicht zu halten sein. Werden die Pläne nicht geändert gehen die Verluste zu Lasten von Beschäftigten und Kunden

23. Mai 2008: Tarifvertrag mit TNT

- ABVAKABO FNV und andere Gewerkschaften in den Niederlanden haben sich nach schwierigen Verhandlungen mit TNT auf ein Grundsatzabkommen geeinigt. Die Gewerkschaften wehrten sich gegen die Vorhaben der Firma in Bezug auf die Beschäftigungs- und Lohnentwicklung (TNT plante einen Lohnstopp). Das Abkommen sieht eine Lohnerhöhung von 3% vor, womit ein Streik abgewendet werden konnte. Man erwartet nun die Resultate einer Studiengruppe für Kosteneinsparungen.

26./27. Mai 2008 UNI Europa-Vorstand Istanbul



- Am 26. und 27. Mai tagte der UNI-Europavorstand in Istanbul. Der Vorstand befasste sich mit der aktuellen gewerkschaftlichen Situation in der Türkei.

Weitere Themen waren unter anderem:

- Europäische Gesetzgebung zu Zeit- und Leiharbeit
- Flexicurity / Europäischer Sozialvertrag
- Jüngste Rechtsprechung des Europäischen Gerichtshofs und ihre Auswirkungen auf die Gewerkschaften in Europa

5. Juni 2008: Sozialer Dialog im Postsektor

- Am 5. Juni fand in Brüssel die Plenartagung des sozialen Dialoges zwischen den Postarbeitgebern und UNI-Global Union für die 27 EU-Mitgliedsländer statt.



- Für die Arbeitgeber nahm der europäische Postarbeitgeberverband POSTEUROP und seine angeschlossenen Mitgliedsunternehmen und für die Arbeitnehmerseite UNI Post und Logistics mit seinen angeschlossenen Mitgliedsorganisationen teil.

06. Juni 2008: Projekt Privatisierung

- In der Europäischen Union werden in den letzten Jahren zunehmend öffentliche Dienstleistungen von Privatunternehmen angeboten. Die Auswirkungen auf Qualität, Beschäftigung und Produktivität werden durch das Projekt PIQUE untersucht.

Am 6. Juni 2008 fand ein Informationsaustausch mit Dr. Thorsten Schulten und Torsten Brandt über das Projekt und den Stand der Auswertungen für den Postsektor statt. Untersucht wurden Belgien, Deutschland, Großbritannien, Österreich, Polen und Schweden.

PIQUE wird von der Forschungs- und Beratungsstelle Arbeitswelt (FORBA), Wien, koordiniert und umfasst Organisationen aus sechs Ländern. Gefördert wird das Projekt im Rahmen des 6. Rahmenprogramms der Europäischen Kommission, GD Forschung.

Besuch beim Generaldirektor der österreichischen Post

Am 17. Juni trafen sich Gerhard Fritz, Vorsitzender der GPF, Johanna Skuk, Mitglied im UNI Europa-Vorstand und Rolf Büttner mit Dr. Anton Wais, Generaldirektor der Österreichischen Post zu einem Gedankenaustausch in Wien.



Dr. Wais informierte über die Auslandsstrategie der Österreichischen Post im Brief- und Paketmarkt. Die Marktsituation im Briefmarkt Österreich nach Verabschiedung der 3. Europäischen Postdienstrichtlinie wurde erörtert. Die Gesprächsteilnehmer waren sich einig, Lohn- und Sozialdumping in der Postbranche zu verhindern. Über entsprechende Initiativen der Sozialpartner, die in den nächsten Wochen gegenüber der Politik anlaufen sollen, wurde der UNI Präsident informiert. Das Vorhaben, mit einer Branchenlösung dubiosen Geschäftsmodellen mit Lohn- und Sozialdumping einen Riegel vorzuschieben, wurde von Rolf Büttner begrüßt. Er versicherte der österreichischen UNI Mitgliedsorganisation internationale Unterstützung für ihre Aktivitäten.

Besuch beim österreichischen Infrastrukturminister



- Werner Faymann, Infrastrukturminister Österreichs und designierter Parteivorsitzender der SPÖ, informierte sich am 17. Juni bei Rolf Büttner über den Stand der Umsetzung der 3. EU-Postdienstrichtlinie in den europäischen EU- Mitgliedsstaaten und bat um eine Einschätzung aus gewerkschaftlicher Sicht. Gerhard Fritz, Vorsitzender der GPF, und Johanna Skuk, Mitglied im UNI-Europavoststand, nahmen an dem Meinungs austausch teil. Vorschläge, wie der Universaldienst in Österreich finanziert werden könnte, wurden bei dem Gespräch ebenso diskutiert wie Möglichkeiten zur Verhinderung von Lohn- und Sozialdumping im Postsektor.



Stowarzyszenie organizacyjne
SOLIDARNOŚĆ WALCZĄCA
Nasza dewiza: „wola i solidarność”
Wyrabiamy i powstajemy z ducha
spolecznego – wywołanego
i NSZZ „Solidarność”... i migotamy do
niepodległej, demokratycznej Polski.
Dajemy do wyzwolenia narodów
i bei komunizmu.

SOLIDARNOŚĆ WALCZĄCA

UNI unterstützt polnische Postangestellte

- UNI Post & Logistik hat über 12.000 Postangestellte in Polen bei ihrem neuntägigen Lohnstreik unterstützt. Dieser wurde am 12. Juni beendet, um die Betroffenen nicht der Gefahr eines Stellenverlusts auszusetzen. Während des Ausstandes wurden zahlreiche Verletzungen von Gewerkschaftsrechten festgestellt. Die Verhandlungen für Lohnerhöhungen bei der polnischen Post werden fortgeführt.

EU-Konferenz zur Liberalisierung der Postdienste

- Am 24. Juni 2008 hatte die EU-Kommission zu einer hochrangigen Konferenz zur Liberalisierung der Postdienste geladen. Postdienstleister, Politiker, Gewerkschaften und EU-Kommissare nahmen Teil.
- UNI besetzte engagiert die Themen der Konferenz. Hochrangige Vertreter der Postdienstleister wie z.B. De Post – La Poste/Belgien und Politiker (Frank Heemskerk, Staatssekretär Finanzen der Niederlande) übernahmen und unterstützten die Positionen von UNI
- Die anwesenden EU Kommissare Mc Greevy und Kroes halten eine schnelle Liberalisierung, die Anfang und nicht Ende für prosperierende Postgesellschaften sei, für nötig.
- Unnötig sind Mindestlöhne und andere wettbewerbsverzerrende Regeln. Dies sei Protektionismus durch die Hintertür

Gespräch mit EU-Kommissar Spidla



Am 18. Juli 2008 fand im Politischen Club der Friedrich Ebert Stiftung ein Gedankenaustausch mit EU Kommissar Spidla statt..

Breiten Raum bei dem Gespräch nahm die Umsetzung der 3. EU Postdienstrichtlinie ein. Rolf Büttner erinnerte an das Versprechen der Politiker, die Liberalisierung sozial zu flankieren.



UNI Weltpostvorstand tagte in Genf

- Am 22./23. Juli 2008 tagte der Weltvorstand UNI Post & Logistics in Genf. Die Festlegungen der Prioritäten für die Jahre 2008-2011, die Liberalisierung und Regulierung im Postsektor, die Zusammenarbeit mit der ITF, die Beziehungen zum Weltpostverein (UPU), eine Kampagne zur Organisierung von DHL und die Verbesserung der Kommunikation mit den Mitgliedsorganisationen waren die Schwerpunkthemen der Tagung.



■ UNI & UPU schließen Partnerschaft

- Im Rahmen des UPU Weltkongress in Genf haben UNI und UPU am 25. Juli 2008 ein Partnerschaftsabkommen unterzeichnet. Im Abkommen wird die Zusammenarbeit für die nächsten 4 Jahre beschrieben und konkretisiert. Der Soziale Dialog, Wertschätzung der Beschäftigten sowie eine soziale und nachhaltige Entwicklung der Postdienste waren unter anderen die Zentralen Themen des Abkommens.

UNI geschockt über CGT Tarifvertrag



UNI geschockt über CGT Tarifvertrag



Der neue Haustarifvertrag zwischen dem Briefdienstleister TNT und der christlichen Postgewerkschaft CGPT ist bei ver.di und UNI auf scharfe Kritik gestoßen. Gegenüber dem ARD-Politikmagazin REPORT MAINZ sagte die Stellvertretende ver.di-Vorsitzende, Andrea Kocsis: "Dieser Tarifvertrag fällt aus unserer Sicht hinter gesetzliche Mindeststandards zurück, beispielhaft kann man die Urlaubstage nennen. Im Bundesurlaubsgesetz gibt es 24 Tage, im Tarifvertrag 22 oder auch die Entgeltfortzahlung im Krankheitsfall. Auch diese wird in diesem Tarifvertrag unterschritten.,,"

- Der Einstiegslohn beträgt 6,50 €
- Überstunden werden erst ab der 211. Stunde bezahlt



- 6. August 2008: UNI Post & Logistics gratulierte Encarnacion Vivancos, spanische Ministerin für Postangelegenheiten zum Abschluss des Abkommen mit Uruguay, Chile und Argentinien, gemeinsam das Geldtransfersystem der UPU zu nutzen.
- Jetzt können die Gastarbeiter schnell & problemlos Geld zu ihren Familien überweisen
- Gleichwohl forderte UNI Spanien auf, mit weiteren Ländern derartige Abkommen zu unterzeichnen, damit noch mehr UNI-Mitglieder diesen guten Service der UPU nutzen können

Eu-Kommission unterstützt Post-Mindestlohnregelungen

- **17. August 2008: UNI Post und Logistics hat sich über Äußerungen aus dem Kreis der EU-Kommission, dass "unangemessene Postmindestlöhne den Wettbewerb behindern", besorgt gezeigt.**

Die UNI-Mitgliedsorganisationen befürchten, dass die EU-Kommission den Wettbewerb über die notwendigen sozialen Schutzregelungen für die rd. 2 Millionen Postler in Europa stellt und damit die Beschlüsse des EU-Parlaments und des EU-Rates zur 3. Postdienstrichtlinie aushebeln will.

In einem Brief an die UNI stellt EU-Kommissar Vladimir Spidla klar, dass die EU-Kommission nicht in die Zuständigkeiten der Mitgliedsstaaten eingreifen wird, wenn Mindestlohnregelungen im Zuge der 3. Postdienstrichtlinie gemäß den nationalen Rechtsvorschriften oder zwischen den Sozialpartnern auf nationaler Ebene ausgehandelt werden.

In seinem Schreiben an UNI hebt EU-Kommissar Spidla hervor, dass die EU-Kommission der sozialen Dimension der Liberalisierung und den Anforderungen an die soziale Umsetzung größte Bedeutung beimisst.

UNI begrüßt die Klarstellung von EU-Kommissar Spidla: "Aus den von den nationalen Sozialpartnern ausgehandelten Postmindestlöhnen hält sich die EU-Kommission raus. Das ist gut so. Damit wird all denjenigen eine Absage erteilt, die ausschließlich mit Lohn- und Sozialdumping im Postsektor den Wettbewerb organisieren wollen."



Dialog mit der kroatischen Regierung

- Auf Einladung der kroatischen UNI-Mitgliedsorganisation Hrvatski Sindikat Poste besuchte der UNI-Präsident Post & Logistics Rolf Büttner am 17./18.08.2008 Kroatien.
- Bei einem Treffen mit der kroatischen Regierung und dem Vorstand der kroatischen Post wurden Fragen der Postpolitik erörtert. Bereits am 20. Juni 2008 hatte UNI-Generalsekretär Phillip Jennings den kroatischen Ministerpräsidenten Dr. Sanader angeschrieben und gebeten, sich verstärkt für die Zukunft der kroatischen Post zu engagieren.
- Rolf Büttner forderte im Interesse der 12.000 Mitarbeiter die Entwicklung der kroatischen Post voranzutreiben und für die Modernisierung die notwendigen finanziellen Mittel bereitzustellen. Die Marktliberalisierung mit Blick auf einen EU- Beitritt muss mit den Sozialpartnern abgesprochen werden. Ebenso müssen die sozialen Rahmenbedingungen verabredet werden.

UNI sagt nein zur Privatisierung von La Poste



- Am 23. September unterstütze eine UNI-Delegation den Kampf der französischen Postler gegen die Privatisierung von La Poste. UNI brachte rd. 3000 Postler zusammen und organisierte mit ihnen einen Protestzug durch Paris. Weitere Demonstrationen fanden zeitgleich in verschiedenen Städten Frankreichs statt. „In der aktuellen Weltfinanzkrise macht die Privatisierung von La Poste überhaupt keinen Sinn“, so UNI Generalsekretär Philip Jennings in seiner Rede vor den Kolleginnen und Kollegen in Paris.

UNI Europa Post & Logistics Vorstand

- Am 2./3. Oktober 2008 tagte der UNI Post & Logistics Europa-Vorstand in Luxemburg. Schwerpunkt der Tagung war die Regulierung im Postsektor, die Entscheidungen des Europäischen Gerichtshofes und ihre Auswirkungen auf die Arbeitnehmer, die Europäische Richtlinie für Zeitarbeit, der Europäische Sozialdialog im Postsektor und die Kampagnen bei multinationalen Postunternehmen



UNI unterstützt slowakische Mitgliedsorganisation bei der Hybrid-Mail-Auseinandersetzung

- Das UNI-Europa Post & Logistic Committee hat am 7. Oktober 2008 eine Resolution zu den Plänen der Europäischen Kommission, die slowakische Postgesetzgebung bzgl. Hybrid-Post zu verändern verabschiedet. Das Committee verdeutlichte seine Besorgnis über den Eingriff der Kommission in den slowakischen Postmarkt. Es besteht immer noch erheblicher Diskussionsbedarf zur Einführung der 3. Postdienststrichtlinie – mit allen Beteiligten – auch und gerade mit Gewerkschaften.



Gewerkschaft Kommunikation (Schweiz) ist empört über politische Geisterfahrt des Bundesrates



- Der schweizer Bundesrat hat am 22. Oktober 2008 beschlossen, an der vorgezogenen Senkung des Briefpostmonopols auf 50 Gramm festzuhalten. Er stößt damit die parlamentarischen Fernmeldekommissionen sowie den Ständerat vor den Kopf. Die Gewerkschaft Kommunikation ist empört von dieser politischen Geisterfahrt und warnt weiterhin vor den negativen Folgen einer vollständigen Postmarktliberalisierung. Der Bundesrats-Beschluss steht politisch quer in der Landschaft: Am 19. August hat die ständerätliche Fernmeldekommission (KVF-S) die vorgezogene Senkung des Briefpostmonopols auf 50 Gramm abgelehnt. Am 2. September folgte ihr die nationalrätliche Fernmeldekommission (KVF-N). Am 16. September schließlich beschloss der Ständerat nicht nur dasselbe, sondern kippte die weitere Postmarktliberalisierung gleich aus der Legislaturplanung. Es wäre deshalb zu erwarten gewesen, dass der Bundesrat einlenkt und auf die vorgezogene Senkung des Briefpostmonopols verzichtet.

30. Oktober: Urteil zur „GNBZ“

- Das Arbeitsgericht Köln hat heute festgestellt, dass die „Gewerkschaft Neue Brief- und Zustelldienste“ (GNBZ) keine tariffähige Gewerkschaft ist. „Damit ist klar, dass die beiden im Dezember 2007 zwischen der GNBZ und den Arbeitgeberverbänden NBZ (Neue Brief- und Zustelldienste) beziehungsweise BdKEP (Bundesverband der Kurier-, Express- und Postdienste) geschlossenen Tarifverträge zur Verhinderung des Mindestlohnes null und nichtig sind“, sagte die stellvertretende Vorsitzende der Vereinten Dienstleistungsgewerkschaft (ver.di) Andrea Kocsis.

Dass es sich bei der GNBZ um eine Pseudogewerkschaft handelt, geht eindeutig aus ihrer Satzung hervor, die vor der Verhandlung weder dem Gericht noch ver.di bekannt war. Als „Zweck und Aufgaben“ der GNBZ steht in der Satzung an erster Stelle „die Mitwirkung am Wohl der privaten Brief- und Zeitungszustellunternehmen“. Das Gericht machte denn auch deutlich, dass eine Organisation mit diesem Ziel keine Gewerkschaft im Sinne des Artikels 9 des Grundgesetzes sein kann.

Parallel zum Gesetzgebungsverfahren von Bundestag und Bundesrat zu einem allgemein verbindlichen Mindestlohn in der Briefdienstbranche hatten die beiden Arbeitgeberverbände NBZ und BdKEP im Dezember 2007 mit der zuvor gegründeten GNBZ jeweils Tarifverträge abgeschlossen, um den gesetzlichen Mindestlohn von 8 bis 9,80 Euro zu torpedieren. ver.di sprach in diesem Zusammenhang schon damals von einer „arbeitgeberseitig gesteuerten Organisation“.

Mit dem Beschluss des Arbeitsgerichts herrsche nunmehr Klarheit. Die GNBZ sei eindeutig von den Arbeitgebern selbst gegründet, um den gesetzlichen Mindestlohn zu verhindern, erklärt ver.di. Alle Beschäftigten der Branche hätten seit dem 1. Januar 2008 Anspruch auf den festgelegten Mindestlohn. „Deshalb ist heute ein guter Tag für die Beschäftigten und Unternehmen der Briefdienste“, erklärte Kocsis.



sntct

SINDICATO NACIONAL DOS TRABALHADORES DOS CORREIOS E TELECOMUNICAÇÕES



Hungerstreik in Portugal

- Am 7. November traten Funktionäre unserer portugiesischen Mitgliedsorganisation SNTCT in einen Hungerstreik um Lohndumping, Lohndiskriminierung und Gesetzesverstöße bei CTT Coreios zu beenden.
- Der Streik wurde nach 53 Stunden beendet.
- SNTCT konnte bereits jetzt Verbesserungen der Arbeitsverträge erreichen.
- SNTCT ist von der ACT (Behörde für Arbeitsbedingungen) eingeladen, die Sachverhalte aufzuarbeiten und einer Klärung zuzuführen



UNI Mitgliedsorganisation GPF protestiert gegen massiven Personalabbau

- Die GPF hat Mittwoch, 12.11. früh lautstark ihrem Ärger über einen geplanten massiven Personalabbau Luft gemacht. Vor dem Beginn der Aufsichtsratssitzung versammelten sich rund 70 Postler unter regem Medieninteresse mit Plakaten und "Pappkameraden" vor der Postzentrale.

Die Postmitarbeiter wollten dem Aufsichtsrat, der kurzfristig die Sitzung um eine Stunde nach hinten verlegte, zeigen, "dass hinter jedem Arbeitsplatz auch Menschen stehen", hieß es von Seiten der Fraktion Sozialdemokratischer Gewerkschafter (FSG). Die Christgewerkschafter (FCG), die die Kundgebung auch für das Werben für ihr Volksbegehren "Stopp dem Postraub" nutzten, gaben sich kämpferisch: "Wenn das Strategiepapier beschlossen wird, bleibt uns gar nichts anderes über, als zu streiken."

- Lob gab es für SPÖ-Chef und Verkehrsminister Werner Faymann, der gestern ankündigte, per Verordnung Postämterschließungen bis Mitte 2009 zu verhindern. Dadurch habe man eine "Verschnaufpause" erreicht, waren sich "rote" und "schwarze" Gewerkschafter einig.

Für die Beschäftigten bei DHL Vertriebs GmbH Co. OHG und DHL Verwaltungs GmbH

Warnstreik

bei DHL-Vertriebs GmbH am 18. November 2008 in Bayern

voller Erfolg!



Augsburg, Aschheim, Günzburg, Kitzingen, Nürnberg und Regensburg überall zwischen 90 % und 100 %-Beteiligung.

18. November 2008: Warnstreiks bei DHL

Klare Ansagen der Streikenden an den Postvorstand:

- ☛ **NEIN** zu der geplanten Schlechterstellung der Vertriebsbeschäftigten
- ☛ **JA** zu 8 % mehr Lohn
- ☛ **NEIN** zu Arbeitszeitverlängerung
- ☛ **NEIN** zu Arbeitsplatzvernichtungsmaßnahmen
- ☛ **JA** zu 10 Arbeitszeitverkürzungstagen



Die Beschäftigten sind bereit, auch in einen längerfristigen Streik zu treten!

24.11. Brüssel: UNI-Europa Vorstand

- Der UNI-Europa Vorstand befasste sich mit den Konsequenzen der Urteile des EuGH für die europäische Gewerkschaftsbewegung. Folgende Forderungen wurden aufgestellt:
- Grundrechten Vorrang vor der wirtschaftlichen Freizügigkeit geben. Ein Protokoll zum Sozialen Fortschritt zu den Gemeinschaftsverträgen, das klar festlegt, dass die wirtschaftliche Freizügigkeit kein Freibrief für unlauteren Wettbewerb ist
- Überarbeitung der Entsenderichtlinie, Absicherung des Arbeitsrechts und der Arbeitsverhältnisse der Mitgliedsstaaten.

24.11. Brüssel: UNI-Europa Vorstand

- Mehr und bessere Regelungen für ein soziales Europa
- UNI schließt sich der ETUC Kampagne an. Die Kampagne soll am 16.12.2008 beginnen und bis Juni 2009 dauern.
- Höhepunkte: Am 16. Dezember eine Aktion in Straßburg, im Frühling eine Demonstration in Prag oder Brüssel, Aktionen am 1. Mai, Veranstaltungen am 27./28. Mai in Paris



Ich bedanke mich für Eure Aufmerksamkeit